



# Newsletter

der Volksinitiativen „Keine Profite mit Boden und Miete“

Nr. 2/21, Februar 2021

## Wie geht es weiter?

Nach dem Erfolg der beiden Volksinitiativen ist das Volksbegehren (VB) die zweite Stufe der Volksgesetzgebung. Es ist die Voraussetzung für einen späteren Volksentscheid. Erforderlich sind knapp 70.000 gültige Unterschriften, d. h. es müssen mindestens 80.000 in drei Wochen gesammelt werden. Die Briefeintragung beginnt schon drei Wochen früher, läuft also sechs Wochen.

Es liegt auf der Hand, dass das unter den Bedingungen von Kontaktbeschränkungen und weitgehenden Einschränkungen von Veranstaltungen und Versammlungen nicht möglich ist. Im halben Jahr vor dem VB muss es in ganz Hamburg eine intensive Öffentlichkeitsarbeit geben, damit die Hamburger\*innen wissen, worum es geht und sich dazu eine Meinung bilden können. Da wir nicht über die großen Medien verfügen, sind zahlreiche öffentliche Veranstaltungen und Aktionen, Informationsstände in Stadtteilen und Zigtausende Gespräche

## Termine

MI 24.02.2021, 18 Uhr Wohnungspolitischer Ratschlag

MI 03.03.2021, 19 Uhr offener Beratungstermin für Aktive und Unterstützer (in der Regel vierzehntägig), vorläufig als Videokonferenz. Zur Teilnahme bitte in der Email-Liste anmelden: [KeineProfitemitBodenundMiete@listi.jpberlin](mailto:KeineProfitemitBodenundMiete@listi.jpberlin).

SA 27.03.2021 bundesweiter Housing Action Day

## Inhalt:

Wie geht es weiter?	1
Termine	1
Bericht vom wohnungspolitischen Ratschlag Hamburger Initiativen am 20. Januar 2021	3
Bodenspekulation in Altona – Holstenareal: „Knallt am dollsten“ gegen das Investoren-Monopoly	4
Die Wohnungsfrage auf dem Weltsozialforum	7
Impressum	7
Der Mieterverein zu Hamburg - einer der Initiatoren der Volksinitiative „Keine Profite mit Boden und Miete“	8
Ausblick auf den nächsten Newsletter:	8



Übergabe von jeweils ca. 14.400 Unterschriften der beiden Volksinitiativen am 19. Oktober 2020

notwendig. Die Sammlung von Unterschriften setzt dann in besonderer Weise voraus, dass Menschen keine Angst vor Infektionen haben müssen.

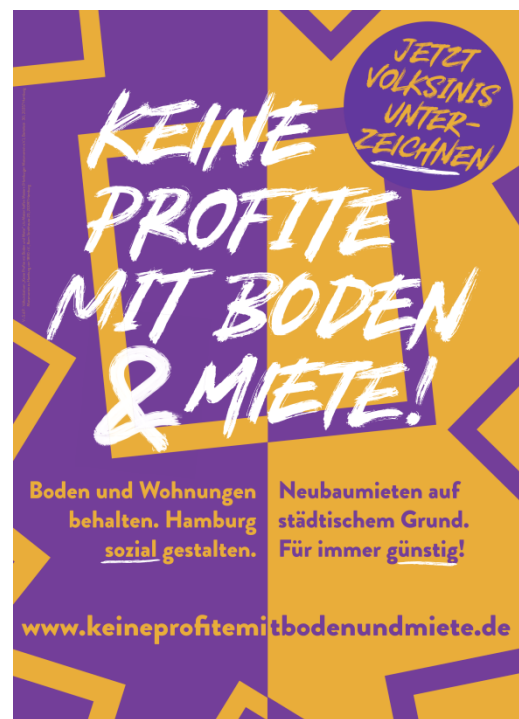
Wie lange es noch pandemiebedingte Einschränkungen geben wird, kann heute niemand seriös vorhersagen. Es gibt aber Gründe für die Annahme, dass wir in diesem Jahr noch nicht mit normalen Verhältnissen zu rechnen haben; dazu gehört das Auftreten von Virusmutationen und die fehlenden Kenntnisse darüber, wie lange Impfstoffe wirken.

Als wir die Volksinitiativen Anfang Februar 2020 starteten - die Pandemie war noch nicht absehbar -, konnten wir davon ausgehen, dass das VB im Mai 2021 stattfinden würde, zu einer Jahreszeit, in der Aktionen und Gespräche im Freien gut möglich sind. Da Unterschriftensammlungen ab März 2020 so gut wie unmöglich waren, wurde die Sammelzeit durch die Bürgerschaft verlängert. Wir gaben am 19. Oktober jeweils über 14.000 Unterschriften ab.

Unter Berücksichtigung der in § 6 des Volksabstimmungsgesetzes festgelegten Fristen läge der Termin für das VB Ende Oktober bis Mitte November. Wir haben vor Kurzem einen Antrag auf Verlängerung der Frist gestellt, in welcher die Bürgerschaft erklären muss, ob sie unsere Forderungen übernimmt. Diesen Antrag hat die Bürgerschaft nach Auskunft der Senatsfraktionen inzwischen angenommen. Wir gewinnen dadurch vor allem Zeit für Gespräche mit SPD und Grünen über eine Verschiebung des VB auf einen Zeitpunkt deutlich nach Ende der Pandemie bedingten Einschränkungen. Durch den jetzt gestellten Antrag verschiebt sich der VB-Termin erst einmal auf Ende November bis Mitte Dezember. Unser Ziel ist aber, dass die Bürgerschaft eine Regelung beschließt, nach der wir erst nach Ende aller pandemiebedingten Einschränkungen ein VB beantragen müssen. Das könnte

im ersten Quartal 2022 sein. Das VB fände dann im Frühjahr oder Frühsommer 2022 statt.

Schaffen wir das VB, stellt sich die Frage nach dem Termin des Volksentscheids. Volksentscheide finden in der Regel am Tag einer Bundestags- oder Bürgerchaftswahl statt. Die nächste Wahl in Hamburg findet turnusmäßig im Februar 2025 statt. Es besteht auch die Möglichkeit, ein VB unabhängig von einem Wahltag durchzuführen. Dann muss die Mehrheit der Abstimmenden und ein mindestens Fünftel der Wahlberechtigten zustimmen. Das ist eine sehr hohe Hürde. Deshalb ist ein Volksentscheid am Tag einer Bürgerchafts- oder Bundestagswahl anzustreben.



# Bericht vom wohnungspolitischen Ratschlag Hamburger Initiativen am 20. Januar 2021

49 Teilnehmer\*innen aus 20 Hamburger Initiativen – deutlich mehr als erwartet – trafen sich auf Einladung der Volksinitiative „Keine Profite mit Boden und Miete“ am 20. Januar abends zu einer Videokonferenz. Ziel war eine Bestandsaufnahme der gegenwärtigen wohnungspolitischen Aktivitäten in Hamburg und eine Beratung über künftige Vorhaben.

Die Teilnehmer\*innen berichteten über eine Vielzahl von Aktivitäten. Einige Initiativen unterstützen Mieter\*innen, außer den beiden großen Mietervereinen („Mieterverein zu Hamburg“ und „Mieter helfen Mietern“) etwa die Mieterinitiative Thomasstraße, die gegen starke Mieterhöhungen der SAGA kämpft, und die Mieterinitiative Steilshoop, die unter anderem Mieter von Vonovia-Wohnungen berät, weil sie oft unter massiven Mieterhöhungen zu leiden haben. Andere kümmern sich um Wohnungslose und Flüchtlinge, so etwa die Wohnungslosenhilfe des Diakonischen Werks und das „Housing For All“-Kollektiv. Viele der Initiativen kämpfen gegen die Gentrifizierung und für eine sozial gerechte und ökologische Entwicklung in ihren Stadtteilen wie das „Altonaer Manifest“, „GWA St. Pauli“ und „Perspektive Solidarität“. Einige wurden in Zusammenhang mit besonderen Vorfällen gegründet, z.B. die Mietergruppe Haynstraße 1/Hegestraße 41 anlässlich eines drohenden Hausabrisses, „St. Pauli Code jetzt“ aufgrund von Abriss- und Neubauplänen am Neuen Pferdemarkt und das „Malwine Wohnkollektiv im Aufbau“, das sich mit der Bodenspekulation am Holsten-Areal und mit den Auswirkungen auf die Wohnbedingungen in der Umgebung beschäftigt. Mehrere der Initiativen dienen vor allem zur Vernetzung und zur Organisation größerer Aktivitäten. So hat „St. Pauli selber machen“ wiederholt erfolgreich zu großen Stadtteilversammlungen aufgerufen. „Recht auf Stadt“ hat mehrmals große Demonstrationen organisiert und ruft am 27. März 2021 wieder zu einem



*Ehrenamtlicher Erfrierungsschutz: Der Kältebus bringt im Winter Obdachlose in Unterkünfte.*

*Aus: Hinz&Kunzt, Nr. 331, Sept. 2020. S. 11*

Housing Action Day auf. Die Kern Filmproduktion versteht sich als Plattform für dokumentarisch arbeitende Filmschaffende mit gesellschaftlichem Engagement. Den beiden Filmen „Der marktgerechte Mensch“ und „Der marktgerechte Patient“ soll nun als dritter „Der marktgerechte Mieter“ folgen.

Der zweite Teil des Treffens war der Diskussion gewidmet. Das verbindende Element der verschiedenen Initiativen und Einrichtungen ist ihr Engagement gegen die Wohnungsnot. Man war sich darin einig, dass es neben den bestehenden Zusammenschlüssen und Netzwerken keinen neuen Arbeitskreis geben, sondern dass sich die Initiativen gegenseitig über die jeweiligen Forderungen und Vorhaben informieren und unterstützen sollten. Anfang Februar plant das Bündnis „Solidarische Stadt Hamburg“ die Kampagne „Obdachlose und Geflüchtete aus den Großunterkünften holen“. Danach soll für den bundesweiten „Housing Action Day“ am 27. März mobilisiert werden.

## ***Wegen der unerträglichen Situation der Obdachlosen und Wohnungssuchenden in Hamburg verabschiedeten die Teilnehmer\*innen die folgende Resolution:***

Wir, die Teilnehmenden des wohnungspolitischen Ratschlags vom 20.01.2021, fordern, dass sofort (kurzfristig) die Hotels für Obdachlose und Geflüchtete geöffnet werden. 8 Tote seit Dezember 2020 sind 8 Tote zu viel!

Langfristig:

Ein Dach über dem Kopf und menschwürdige Wohnungen für ALLE!

Schluss mit ALLEN Zwangsräumungen!

Für die Weiterarbeit wurde vereinbart, wohnungspolitische Ratschläge wie diesen häufiger durchzuführen. Am nächsten Ratschlag werden sich außer der Volksinitiative voraussichtlich auch „Recht auf Stadt“ und die „Versammlung der Stadtteile“ beteiligen. Dort soll auch über den Housing Action Day (27. März 2021) beraten werden.

# Holstenareal: „Knallt am dollsten“ gegen das Investoren-Monopoly

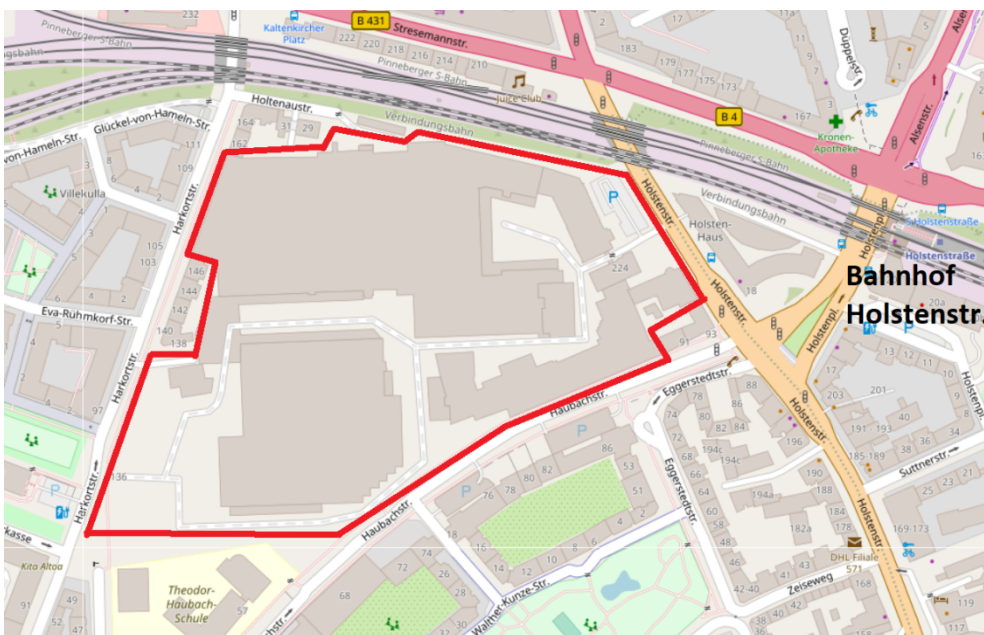
Eines der größten Neubauvorhaben Hamburgs droht zum Spielball von Investoreninteressen zu werden: Es handelt sich um das Gelände der ehemaligen Holsten-Brauerei im Norden Altonas. Nach dem Umzug der inzwischen zu Carlsberg gehörenden Firma nach Heimfeld wechselte das Gelände mittlerweile viermal den Besitzer.

Ursache für den Immobilienpoker: Um die Brauerei in den Grenzen des Stadtstaats zu halten, hatte die Freie und Hansestadt unter Federführung des damaligen Scholz-Senats auf ihr Vorkaufsrecht verzichtet und entsprach damit Carlsbergs Wunsch, das Gelände auf dem freien Markt zu verkaufen. Ein folgenschwerer Fehler, wie sich erweisen sollte. Wie ein Wanderpokal wechselte das Gelände danach den Mehrheitseigner: von der Gerch Group zur Schweizerischen SNN Group, die im nächsten Schritt von Consus übernommen wurde, die nun wieder von ADO/Adler geschluckt wurde. Der Clou dabei: Es handelt sich um sogenannte Share Deals, in deren Rahmen keine Grundstücke, sondern Firmenanteile verkauft werden. Dadurch wird das städtische Vorkaufsrecht ausgehebelt und es wird keine Grunderwerbssteuer gezahlt.

Während lokale Wohnungsunternehmen 50 Mio. Euro geboten hatten, verkaufte Carlsberg das Gelände für 153 Mio. an die Gerch Group. Bei der letzten Übernahme sollen bereits 320 Mio. geflossen sein. Ohne

dass ein Spatenstich getan wurde, erfuhr die Immobilie so eine enorme Preissteigerung. Um die damit verknüpften Renditeerwartungen erfüllen zu können, wird mittlerweile von Mietpreisen von 19,90 Euro netto kalt pro qm für die frei finanzierten Wohnungen gesprochen. So würde ein Viertel entstehen, wo Wohnen nur noch für Gutverdienende erschwinglich wäre, verbunden mit dem entsprechenden Preisdruck und Gentrifizierungseffekten auch für die umliegenden Quartiere. Für eine solidarische Stadtentwicklung wäre das Holstenareal damit unwiederbringlich verloren.

Um dies zu verhindern, haben wir unter dem Namen „Knallt am dollsten“ eine neue Initiative gegründet, die im letzten Oktober mit einer großen Informationsveranstaltung in der Aula der Theodor-Haubach-Schule an die Öffentlichkeit trat (zum Nachhören: [www.youtube.com/watch?v=Zk8OSTT20gU](https://www.youtube.com/watch?v=Zk8OSTT20gU)). In ihr haben sich verschiedene Baugemeinschaften und Bewohner\*innen des Holstenareals zusammengeschlossen, die sich für ein Recht auf Stadt für alle und ein lebendiges, diverses und bezahlbares Quartier einsetzen. Um diese große Chance nicht endgültig zu vermasseln, darf der Bezirk, der mit dem städtebaulichen Vertrag ein letztes Druckmittel in der Hand hat, in den Verhandlungen mit dem Investor nicht einknicken und so ein erstes Versagen durch ein zweites verdoppeln.



Lageplan

Holsten-Areal

Auch wenn trotz aller anderslautenden Rhetorik, wie sie zuletzt von Rot-Grün zu hören war, verschiedene Signale befürchten lassen, dass der Bezirk sich mächtigen Kapitalinteressen bei weitem nicht entschieden genug entgegenstellt: Der Drops ist noch nicht gelutscht. Wir werden uns weiter für ein lebenswertes

Holstenareal für alle einsetzen und uns mit gleichgesinnten Initiativen vernetzen. Unser Engagement folgt der Vision einer freien Stadt der Zukunft, die an den Bedürfnissen der Menschen und nicht am Ziel der Profitmaximierung orientiert ist.

Wir fordern:.

#### Forderung 1:

##### **Schluss mit dem Investoren poker um das Holstenareal Städtisches Vorkaufsrecht wahrnehmen**

Die Stadt muss alle Möglichkeiten prüfen und ausschöpfen, um das Grundstück dem Investor abzukaufen und zu kommunalisieren. Die Inanspruchnahme des Vorkaufsrechts ist dabei das zentrale Instrument. Weiterverkäufe von Firmenanteilen im Rahmen von Sharedeals dürfen davon nicht ausgenommen werden. Wir schließen uns hierbei der Initiative von Bizim Kiez u.a. in Berlin (1) an und unterstützen auch die entsprechende Initiative der Bürgerschaftsfraktionen von SPD und Grünen (2). Hier wie bei anderen zentralen Forderungen gilt aber: Es darf nicht bei leerer Rhetorik bleiben: Den Worten müssen Taten folgen!

#### Forderung 2:

##### **Kein Zurückweichen vor dem Investor**

Die Verhandlungen mit dem Investor sollten nicht unter Zeitdruck erfolgen. Kein übereilter Abschluss eines städtebaulichen Vertrages, der das letzte Druckmittel der Stadt ist, solange der Investor nicht den für eine solidarische und gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung auf dem Holstenareal essentiellen Rahmenbedingungen zugestimmt hat. Es muss durch geeignete Maßnahmen Druck auf den Investor ausgeübt werden. Instrumente dafür können z.B. ein Moratorium oder Planungsstreik sein.

#### Forderung 3:

##### **Wohnen ist ein Grundrecht und muss bezahlbar sein**

Hamburg braucht Wohnraum, den sich alle Hamburger\*innen leisten können, auf dem gesamten Holstenareal! Wir fordern dauerhaft bezahlbare Mieten. Die zukünftige Kaltmiete auf dem Holstenareal darf den aktuellen Mietenspiegel nicht übersteigen. Es dürfen keine Gentrifizierungsprozesse in Gang gesetzt werden und kein Preisdruck auf den umgebenden Stadtteil aufgebaut werden.

#### Forderung 4:

##### **Schutz der Bestandshäuser und ihrer Bewohner\*innen**

Die Bewohner\*innen der 11 Bestandshäuser auf dem Holstenareal fordern die Politiker\*innen auf, sie vor Verdrängung zu schützen. Jede Neuplanung des Holstenareals muss sozialverträglich sein. Mögliche für die Bestandsbewohner\*innen negative Auswirkungen müssen durch alle geeigneten Maßnahmen verhindert werden.

Weiterer Immobilienspekulation muss Einhalt geboten werden. Falls Bestandshäuser, die jetzt im Privatbesitz sind, veräußert werden, muss die Stadt ihr Vorkaufsrecht ausüben.

Die Bestandshäuser müssen bei Abriss- oder Baumaßnahmen umfassend vor Beschädigung geschützt werden und in ihrer baulichen Substanz als Wohnraum erhalten bleiben. Maßnahmen müssen vorab kommuniziert werden.



**Podiumsdiskussion  
der Holstenareal-  
Initiative „Knallt am  
dollsten“ am 25.10.21  
betr. das Holstenareal**

#### Forderung 5:

##### **Baugemeinschaften möglich machen**

Die im Letter of Intent festgehaltenen 20 Prozent für Baugemeinschaften im Bereich Wohnen dürfen nicht aufgeweicht werden. Die entsprechenden Baugemeinschaften sollten genossenschaftlich oder mit genossenschaftsähnlichen Gesellschaftsformen organisiert sein, um als Anker für eine solidarische Stadtentwicklung zu dienen. Der durch das Elektrosmoggutachten bedingte Verlust von Wohnungen an der Bahntrasse darf nicht zu ihren Lasten gehen, ein Ausgleich an anderer Stelle muss gewährleistet werden – keine Anrechnung der Baugemeinschaften für Gewerbe auf das Wohnen.

Um kollektives Wohnen und Bauen möglich zu machen, darf der Grundpreis von 600 Euro pro Quadratmeter Grundstückspreis nicht überschritten werden. Die Stadt muss die benötigten Grundstücksflächen vom Investor ankaufen.

#### Forderung 6:

##### **Gewerbeflächen für die Bewohner\*innen schaffen**

Wir begrüßen, dass nun auch für Gewerbeflächen Baugemeinschaften vorgesehen sind. Die Stadtgesellschaft hat mit selbstorganisierten und genossenschaftlichen Modellen wie z.B. der Fux Genossenschaft, dem Gängeviertel oder dem Handwerkerhof Ottensen gute Erfahrungen gemacht.

Aber auch die Mieten für Gewerbeflächen müssen erschwinglich sein und kleinteiligem Gewerbe, das an den Bedürfnissen des Stadtteils und seiner Bewohner\*innen orientiert ist, Platz geben. Wohnen und Gewerbe müssen so gemischt sein, dass eine Grundversorgung in allen Bereichen möglichst weitgehend garantiert ist.

Die denkmalgeschützte ehemalige Schwankhalle der Holsten-Brauerei bietet dafür eine hervorragende Möglichkeit (z.B. Wochenmarkt unter dem Schutz des Vordachs, kleinteiliger Lebensmitteleinzelhandel und Kultur im Innenbereich). Die jetzt vorgesehene Nutzung im Rahmen eines Hotels lehnen wir ab.

#### Forderung 7:

##### **Aktive Beteiligung an der Stadtentwicklung statt Scheinpartizipation**

Die Neuplanung des Areals muss partizipativ erfolgen – unter Einbindung von alten und künftigen Bewohner\*innen und der Nachbarschaft im Stadtteil. Beteiligung an städtebaulichen Prozessen ist mehr als das Verschieben von bunten Bauklötzchen bei folgelosen Mitmachformaten. Ohne Orientierung an den Bedürfnissen der Bewohner\*innen ist Beteiligung Makulatur. Wir fordern aktive Beteiligung an Entscheidungsprozessen, auch und besonders, wo es um das unmittelbare Lebensumfeld geht.

In Hamburg sind damit z.B. bei den Esso-Häusern mit der PlanBude oder bei Park Fiction positive Erfahrungen gemacht worden.

#### Anmerkungen:

- (1) <https://www.bizim-kiez.de/blog/2020/09/17/zur-petition-das-baugesetzbuch-sinnvoll-reformieren-forderungen-fuer-ein-preislimitiertes-und-durchsetzungsfahiges-kommunales-vorkaufsrecht/>
- (2) [https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/72590/konsequent\\_gegen\\_spekulation\\_mit\\_grund\\_und\\_boden\\_baulandstrategie\\_fuer\\_hamburg\\_und\\_entwicklung\\_eines\\_kooperativen\\_hamburger\\_baulandmodells.pdf](https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/72590/konsequent_gegen_spekulation_mit_grund_und_boden_baulandstrategie_fuer_hamburg_und_entwicklung_eines_kooperativen_hamburger_baulandmodells.pdf)
- (3) [http://daten.transparenz.hamburg.de/Dataport.HmbTG.ZS.Webservice.GetRessource100/GetRessource100.svc/491bfee9-ea5d-4398-94f8-dea23367efed/Akte\\_719.3818-104.pdf](http://daten.transparenz.hamburg.de/Dataport.HmbTG.ZS.Webservice.GetRessource100/GetRessource100.svc/491bfee9-ea5d-4398-94f8-dea23367efed/Akte_719.3818-104.pdf)

Holstenareal-Initiative „Knallt am dollsten“  
(Internet: <https://www.knallt-am-dollsten.de/>)



# Die Wohnungsfrage auf dem Weltsozialforum

Die Wohnungsfrage war Gegenstand mehrerer Versammlungen auf dem virtuellen Weltsozialforum 2021 (23.1. bis 31.1.2021). Mit der Frage der Wohnverhältnisse beschäftigte sich auf dem Forum die WAI (World Assembly of Inhabitants), deren Träger die IAI (International Alliance of Inhabitants) ist. Auf der Versammlung wurde u.a. die Fortführung der ZERO EVICTIONS CAMPAIGN vereinbart, in der es darum geht, dass es in Zusammenhang mit der Corona-Krise nicht zu Räumungen und Vertreibungen aus Wohnungen kommen darf.

„Die Pandemie des Coronavirus plagt inzwischen alle Länder der Welt, aber die 1,8 Milliarden Menschen, die in menschenunwürdigen Wohnverhältnissen und Obdachlosigkeit leben, denen es manchmal sogar an Wasser oder einer Toilette mangelt, sind in erster Linie gefährdet. [...] Sie leben oft in den Peripherien, in beengten oder kleinen Räumen, überfüllt, und sind in vielen Fällen benachteiligt, wenn es um den Zugang zu angemessener medizinischer Versorgung und Vorsorge geht. Sie müssen nicht nur täglich darum kämpfen, eine Wohnung zu behalten oder Zugang zu ihr zu bekommen, sondern sind jetzt durch eine globale Epidemie unverhältnismäßig stark gefährdet.

Unter dem Vorwand, mit dem Coronavirus infizierte Gebiete zu säubern, wie in der Vergangenheit bei anderen Epidemien [...], besteht auch die ernste Gefahr, dass die Vertreibung von Menschen, Familien und Gemeinschaften von Standorten zunimmt, die für die anschließende spekulative Wiederbelebung der Wirtschaft genutzt werden.

Aus diesem Grund ruft die World Assembly of Inhabitants zur Mobilisierung und lokalen/globalen Solidarität von Basisorganisationen auf [...]“.

Folgende Aktionen wurden festgelegt:

- \* Fünfte WORLD ASSEMBLY OF INHABITANTS am 5. April 2021,
- \* AFRICITIES-Versammlung, 16. -20. November 2021, Kisumu, Kenya. Africities ist die bedeutendste Versammlung von Regierungsvertretern in Afrika. „Wir werden sicherstellen, dass die Stimmen der Menschen [dort] gehört werden.“
- \* Europa, 28.3.2021  
Europäische Mobilisierung für Null Zwangsräumung (Zero Evictions ) und Nutzung des Recovery Funds

[der Corona-Krise] für öffentlichen sozialen Wohnungsbau,

- \* Oktober 2021: Zero Evictions Days.

## Quellen:

- \* <https://www.habitants.org/content/view/full/966>
- \* [https://www.habitants.org/zero\\_evictions\\_campaign/zero\\_evictions\\_for\\_coronavirus/international\\_call\\_zero\\_evictions\\_for\\_coronavirus](https://www.habitants.org/zero_evictions_campaign/zero_evictions_for_coronavirus/international_call_zero_evictions_for_coronavirus)
- \* <https://join.wsf2021.net/initiatives/5837>
- \* <https://unhabitat.org/events/9th-africities-summit-2021>



## Informationen über das Weltsozialforum:

<https://www.attac.de/neuigkeiten/detailansicht/news/eine-andere-welt-ist-moeglich-notwendig-und-dringlich/>

## Weitere nützliche Links zum Thema:

### European Action Coalition for the Right to Housing and to the City:

<https://housingnotprofit.org/>

<https://www.facebook.com/europeancoalition/>

### Housing Action Day (je nach Land 27. oder 28.3.2021):

Deutschland: <https://www.housing-action-day.net/>

Frankreich:

<https://www.droitaulogement.org/2020/02/appeal-a-mobilisation-28-mars-pour-le-logement/>

### Global Platform for the Right to the City:

<https://www.right2city.org/events/iv-forum-actions-for-housing-and-human-settlements-post-covid19/>

### Zwei Videos über die Wohnungsfrage:

Gegen Zwangsräumungen in Mexiko:

<https://video.wsf2021.info/videos/watch/13f3ca0f-c3da-4f7c-990c-1b07e9d53d70>

Vorstellung der Habitat International Coalition:

<https://video.wsf2021.info/videos/watch/d795c696-230a-425f-8b57-098e06259560>

## Impressum:

Volksinitiative Keine Profite mit Boden und Miete, H. Kaienburg, c/o Mieter helfen Mietern, Bartelsstraße 30, 20357 Hamburg; Email: [info@Keineprofitemitbodenundmiete.de](mailto:info@Keineprofitemitbodenundmiete.de). Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Auffassung der Autor\*innen wieder.

## **Der Mieterverein zu Hamburg - einer der Initiatoren der Volksinitiative „Keine Profite mit Boden und Miete“**

Im Rahmen unserer Mietrechtsberatungen ist festzustellen, dass immer mehr Menschen sich nicht nur aufgrund eines individuellen Problems aus ihrem Mietverhältnis bei uns melden. Wir bekommen immer mehr Anfragen und Rückmeldungen von Menschen, die von der nicht enden wollenden Wohnungssuche berichten. Da wir als Mieterverein keinerlei Wohnungen vermitteln, können wir hier nicht direkt helfen. Oftmals werden wir auch gefragt, wofür es eigentlich einen Wohnberechtigungsschein (ehemals sog. § 5-Schein) gibt, wenn die hierfür erforderlichen Wohnungen nicht vorhanden sind.

Die Forderung nach mehr bezahlbarem Wohnraum wird von uns als Interessenvertretung der Mieter\*innen in Hamburg wohnungspolitisch seit langem gefordert. Der Wohnungsneubau in Hamburg ist zweifelsohne hoch. Bedauerlicherweise wird jedoch der Großteil der Wohnungen als Eigentums- oder freifinanzierte Mietwohnungen gebaut. Dies hat zur Folge, dass im Wesentlichen die einkommensstarken Haushalte hiervon profitieren. Gleichzeitig enden jährlich viele Preisbindungen von vorhandenen günstigen Wohnungen aus dem Bestand. Der Wohnungsneubau im geförderten Wohnungssektor reicht nicht aus, um die aus den Preisbindungen herausfallenden Wohnungen zu kompensieren. Insgesamt sinkt somit der Anteil an bezahlbaren Wohnungen.

Es stellte sich also die Frage, auf welche Art und Weise die Forderung nach mehr bezahlbarem Wohnraum noch durchgesetzt werden kann. Die Möglichkeiten der Hamburger Volksgesetzgebung wurden geprüft und für tauglich befunden. Es fanden Gespräche mit den weiteren Initiatoren statt und in der Folge wurde das bestehende Bündnis geschmiedet und die Volksinitiativen angemeldet.



Wir freuen uns, dass die erste Stufe der Volksgesetzgebung genommen werden konnte und sind zuversichtlich, dass auch die weiteren Herausforderungen erfolgreich abgeschlossen werden können.

Paul Mann, Mieterverein zu Hamburg

## **Ausblick auf den nächsten Newsletter:**

- \* Erfahrungen Steilshooper Mieter mit VONOVIA
- \* Der Hamburger Mietenspiegel – Wie entsteht er? Welche Vor- und Nachteile hat er?
- \* Wohnungsleerstand in der Jarrestadt
- \* Der Housing Action Day am 27. März